

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2766

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2766](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2766)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



*Europa kann Afrikas Bevölkerungsexplosion nicht absorbieren*

## **Katastrophe in Moria**

*Von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»*

**Der das EU-Flüchtlingslager Moria zerstörende Brand ist wahrhaftig eine Katastrophe. Dies für Direktbetroffene. Dies aber noch mehr für diejenigen, die für die gegenwärtige sog. «Flüchtlings-Politik» verantwortlich sind.**

Die EU-Aussengrenze steht unter der Verantwortung Brüssels. Die Brüsseler Chefin Ursula von der Leyen glaubt, Mammutproblemen mit dem Summen der EU-Hymne begegnen zu können: Ausdruck erbärmlichen Versagens.

### **Reaktionen**

Einmal mehr ist auf die Medien kein Verlass. Mutmassungen und Unterstellungen zirkulieren. Gemäss eingesetzter Feuerwehrleute soll Brandstiftung stattgefunden haben – das Feuer sei an mehreren Orten im Lager gleichzeitig ausgebrochen.

Wer aber steckt dahinter? Wollen die dort Untergebrachten mittels Brandkatastrophe ihren Eintritt nach Westeuropa erzwingen? Oder wollen die Schlepper – rücksichtslose Kriminelle – ihr «Geschäft» beflügeln?

Hierzulande wurden sofort Rufe laut, die Insassen des Lagers müssten aufgenommen und auf die westeuropäischen Länder verteilt werden. Die Medien verbreiteten solche Rufe und Demonstranten-Forderungen bereitwillig. Die Betreuungs-Industrie, die in gutbezahlten Funktionsstellen die Administration der zumeist illegalen, Asylgründe vortäuschenden Einwanderer besorgen, stehen ganz vorne bei denjenigen, die die Aufnahme dieser Migranten fordern.

### **Ausgangslage**

Tatsache ist: Nach Europa gelangen keineswegs die Ärmsten der Armen Afrikas. Nach Europa gelangen diejenigen, die sich die Schlepperkosten leisten können. Und das sind gewiss nicht die Ärmsten unter den Afrikanern. Es sind vielmehr diejenigen, die in westeuropäischen Ländern ein von dortigen Steuerzahlern zu

finanzierendes Gratis-Leben suchen. Und die mit Sozialhilfe, die sie erhalten, allzu oft ihre Sippen oder Clans im Herkunftsland unterstützen.

Wer glaubt, man könne Afrika durch grosszügige Aufnahme Abertausender illegal nach Westeuropa eindringender Migranten «entlasten», muss endlich zur Kenntnis nehmen: Für das aller Kontrolle entzogene Bevölkerungswachstum in Afrika sind nicht die Europäer verantwortlich. In Afrika vermehrt sich die Bevölkerung alle zwölf Tage um eine volle Million. Wer glaubt, auch nur ein Teil dieser jeglicher Kontrolle entzogenen Vermehrung könne von europäischen Staaten «absorbiert» werden, ist ein Phantast.

Die Staaten Afrikas sind freie, souveräne, also für ihre Bevölkerungen voll verantwortliche Staaten. Die afrikanische Bevölkerungsexplosion muss – das ist den afrikanischen Staatschefs gegenüber immer wieder nachdrücklich in Erinnerung zu rufen – von den afrikanischen Staaten selbst bewältigt werden – mittels einer gezielten Politik zur markanten Verminderung der viel zu hohen Geburtenraten. Kein anderes Land dieser Erde kann den Afrikanern diese Aufgabe abnehmen, die eine ganze Reihe asiatischer Staaten in den letzten Jahrzehnten erfolgreich bewältigt hat.

Afrika hat derzeit rund 1,3 Milliarden Einwohner. Wird der dortigen Bevölkerungsexplosion nicht Einhalt geboten, gibt es Ende dieses Jahrhunderts über vier Milliarden Afrikaner. Glaubte jemand ernsthaft, diese jeglicher Kontrolle entzogene Entwicklung durch «verdichtetes Bauen» in der Schweiz und anderswo auch nur annähernd auffangen zu können?

### **Unausweichliche Massnahmen**

Wie mit den Migranten insbesondere aus Schwarzafrika und Nahost umzugehen ist, ist den zuständigen Behörden – in der Schweiz dem Bundesrat – längst durch parlamentarische Vorstösse und Forderungen unterbreitet worden.

Selbstverständlich kommt nicht in Frage, dass in Seenot geratene Afrikaner im Mittelmeer dem Ertrinkungstod überlassen werden. Aber alle, die gerettet werden, und alle, die an Europas Küsten drängen, sind ausnahmslos nach Nordafrika zurückzubringen. Dort, in Nordafrika und in Nahost, sollen Flüchtlingslager, die allen sanitärischen Anforderungen entsprechen, errichtet werden. Und von dort soll die Rückführung der nach Europa Drängenden in ihre Herkunftsländer organisiert und durchgesetzt werden.

Afrikas Jugendliche werden in ihren eigenen Ländern gebraucht. Dort sollen sie sich für eine bessere Zukunft einsetzen. Indem man ihnen ein Gratis-Leben auf Kosten der Steuerzahler europäischer Staaten anbietet, wird einzig der Einwanderungsdruck auf Europa noch weiter gesteigert.

Die Lager in Nordafrika sollen dem UNHCR, dem Uno-Flüchtlingshilfswerk, unterstellt werden. Ist gewährleistet, dass von dort die Rückführung Aufgefischter oder Aufgehaltener in ihre Herkunftsländer klappt, dann kann auch die Schweiz Beiträge an diese Durchgangslager für Rückzuführende leisten.

Das ist der Weg – dem Bundesrat längst vorgeschlagen –, der eine echte Lösung des Problems illegaler Masseneinwanderung nach Europa herbeiführen kann.

### **Fazit**

Noch einmal: Die Staaten Afrikas sind souveräne Staaten. Ein souveräner Staat ist für seine Bevölkerung verantwortlich. Unsinnige Vermehrungspolitik einerseits, anhaltenden Exodus aller Jungen in Richtung Europa andererseits einfach hinzunehmen, das ist von Seiten keiner Regierung von afrikanischen Ländern hinzunehmen. Wollen diese Staaten wirklich souverän sein, dann haben sie zu beweisen, dass sie bezüglich der verderblichen Bevölkerungsexplosion ihre volle Verantwortung endlich wahrnehmen.

*Ulrich Schlüer*